

27. / Jahr 23. März 1929 Nr. 25 - 658 - 21/25

Südslawien.

Am 17. März wurde in Genf das Abkommen mit Griechenland über die Salonikifreihaltenszone und über die Abtretung der Aktien der Bahn Gjøvvelyi-Saloniki an Griechenland unterzeichnet. (Vgl.: „Aus der Woche.“)

Mit den Küstenschiffahrtsgesellschaften wurde der erste langfristige Subventionsvertrag auf 10 Jahre (rückwirkend vom 1. April 1928) unterzeichnet. Von der Jahressubvention von 49½ Mill. Dinar entfällt auf die Adria-Schiffahrts-A. G. (die zum Konzern der Jugosl. Union-Bank gehört) 30¼ Mill., auf die Dubrowniker Schiffahrts-A. G. 11¼ Mill., der Rest auf „Hum“ und „Boka“.

Verzehrssteuer: 1. April 1928 bis 31. Jänner 1929 (10 Monate). Einnahmen 619 (- 58) Mill. Din., Taxen: 903 (+ 24) Mill. [21]

Kohlenförderung: 1928: 505 (gegen das Vorjahr + 0,3) Mill. t, davon Braunkohle 366 (+ 0,18), Lignit 109 (+ 0,06), Steinkohle 0,35 (+ 0,06) Mill. t. — Eisenerzförderung 0,45 (+ 0,11) Mill. t, Roheisenerzeugung 30.000 (+ 8000) t, Bleierz 16.000 (+ 1000) t, Rohblei 9500 (- 1000) t, Kupfererz 328.000 (+ 40.000), Rohkupfer 15.000 (+ 2000) t.

Laibacher Warenbörse: Umsatz 1928: 2815 Waggon für 31 Mill. Din. (2290 Waggon für 16 Mill. i. V.), davon in Holz 2475 Waggon (2144 für 20,8 (12,6) Mill.

Wachselproteste: Belgrad Jänner: 1968, Februar: 1792.

Polen.

Am 13. März ratifiziert der Sejm das Litwinow-Protokoll. [23, „Weltpolitik“.]

Die Haushaltskommission des Sejm beschließt mit 19 gegen 9 Stimmen, den früheren Finanzminister Czechowitz in Anklagezustand zu versetzen und vor das Staatsgericht zu stellen. Ministerpräsident Bartel weigert sich, der Aufforderung der Kommission, Aufschluß über die Überschreitungen des Budgets zu geben, nachzukommen. Der Vorsitzende der Obersten Rechnungskammer gibt im Haushaltsausschuß die Erklärung ab, daß er trotz wiederholter Aufforderung an die Regierung, Aufklärung über die zu Unrecht überschrittenen Budgetposten zu geben, vom Ministerpräsidenten niemals eine Antwort erhalten habe. (Vgl.: „Aus der Woche.“) [24]

Die neue Stickstofffabrik in Wyrow nimmt ihre Produktion auf. Sie soll im ersten Jahr 18.000 t Stickstoff liefern.

Die Grundzüge des von den Linksparteien eingebrachten Verfassungsentwurfes sind: 1. die Aufhebung des Senats, 2. die Wahl des Präsidenten durch die aus allgemeinen Wahlen hervorgegangenen Wahlmänner, 3. die Trennung der Kirche vom Staat. [24]

Die Zahl der protestierten Wechsel im Jänner betrug 356.691 mit einer Summe von 76,8 (Dezember: 313,13) Mill. Zl.

Kohlenförderung Polnisch-Oberschlesiens im Februar 2.379.970 (Jänner: 3.017.055) t. [24]

Gasolinproduktion 1928: 3185 (1927: 2778) Zisternen. [24]

Rohölverarbeitung im Jahre 1928: 725.370 (1927: 631.697) t, Inlandsebsatz 373.268 (567.712) t, Ausfuhr 260.477 (370.403) t. [24]

England.

Am 14. März bringt der Erste Lord der Admiralität Bridgeman im Unterhaus die Flottenverschlüsse ein. Im kommenden Frühjahr sollen drei neue Kreuzer auf Stapel gelegt werden.

In Dublin-Nord (Nordirland) steigt bei der Stichwahl der Kandidat der Regierungspartei O'Higgins mit 151 Stimmen Mehrheit.

Frankreich.

Am 14. März nimmt der Senat mit 272 gegen 28 Stimmen den Gesetzentwurf über den zweiten Teil des Flottenbauprogramms an. Es handelt sich um die Kiellegung von einem Kreuzer, 6 Torpedobootzerstörern, 7 Unterseebooten und 2 Avisos. [22]

In den letzten Monaten wurden in Paris 166 Bankiers verhaftet. [18]

Außenhandel 1928: Einfuhr 59.448 Mill. Fr., gegen 59.050 für 1927 und 42.105 für 1918 (für 1927 Saargebiet einbezogen, für 1913: 1 Friedens-Fr. = 5 Fr.), Ausfuhr 51.347 (54.925; 54.401). Einfuhrüberschuß 2101 Mill. Fr. (Ausfuhrüberschuß 1875; Einfuhrüberschuß 7704).

Sowjet-Union.

Bucharin, in letzter Zeit einer der Führer der Rechtsopposition, wird von der Arbeiterschaft der elektrotechnischen Werkstätten in der Moskauer Sowjet gewählt. Er hält eine Rede, die als Verständigungsversuch der Rechtsoppositionellen mit Stalin gedeutet wird. [4] (Vgl. „Aus der Woche“ Nr. 24.)

Sonstiges Europa.

In Madrid finden große Studentendemonstrationen gegen Primo de Rivera statt, in deren Verlauf die Studenten mit den Arbeitern fraternisieren. (Vgl.: „Aus der Woche.“) [24]

Die Bank von Spanien beschließt mit 18. März ihren Diskontsatz von 5¼ auf 5% zu ermäßigen. [14]

Bei den dänischen Kommunalwahlen haben die Sozialdemokraten in der Provinz wie in der Hauptstadt Siege zu verzeichnen.

Naher Osten.

Der Führer des Wafd Mustafa Nahas Pascha wird, nachdem er bereits vom Untersuchungsrichter freigesprochen wurde, auch vom Disziplinarsenat der ägyptischen Advokatenkammer von der Anklage der Korruption freigesprochen. [41]

U. S. A.

Der Staat Alabama wird von einer Überschwemmungskatastrophe betroffen.

Sonstige Übersee.

Am 15. März findet in Nanking die dritte nationale Konferenz der Kuomintang statt, auf welcher der rechte Flügel unter Führung Tschang-Kai-scheks und der linke Flügel, unter Führung des in Deutschland in der Emigration lebenden Wan Tin-wei, um die Führung in der Kuomintang ringen. [22]

Der Führer des mexikanischen Aufstandes, General Simon Aguirre, ergibt sich auf dem Isthmus von Tehuantepec und wird standrechtlich erschossen. [24]

Weltpolitik.

Die Konferenz in der ungarisch-rumänischen Optantenfrage wird für den 4. April nach Wien einberufen. [22]

Am 14. März ratifiziert der Schweizerische Ständerat einstimmig den Kellogg-Pakt.

Der belgische Senat ratifiziert den Kellogg-Pakt.

Zwischen Frankreich und Italien wird ein Luftfahrtabkommen unterschrieben. Italien erhält das Zwischenlandungsrecht in Marseille und Tunis, Frankreich das Recht, italienisches Gebiet zu überfliegen und Zwischenlandungen in Neapel und Castel-Rosso vorzunehmen. Die geplante französische Linie ist Marseille—Neapel—Athen—Beirut. Damit sind die französisch-italienischen Verhandlungen, die seit Abschluß des englisch-französischen Flottenkompromisses unterbrochen waren, wieder aufgenommen worden.

Weltwirtschaft.

Bei der am 14. März stattfindenden Tagung der Internationalen Rohstahlgemeinschaft in Brüssel wird das Produktionsprogramm für das Quartal April—Juni um 500.000 t erhöht. Das deutsche Exportkontingent wird von monatlich 300.000 t auf 330.000 t erhöht. [43]

Das Internationale Schienenkartell wurde bis 31. März 1935 verlängert. Wie verlautet, sind die Vereinigten Staaten beigetreten.

Der Wirtschaftsausschuß des Völkerbundes ruft für den 4. April eine Konferenz von Sachverständigen der Zuckerindustrie ein.

B U C H E R

Political Handbook of the World, 1929. Publications of the Council on Foreign Relations. Yale University Press. Großoktav, 198 S.

Dieses neue politische „Jahrbuch der Parlamente, Parteien und Presse“ erscheint heuer in zweiter Folge. Als Herausgeber zeichnet das in Amerika recht angesehene Council on Foreign Relations, ein privates wissenschaftliches Institut,

dessen Leitung sich neben dem Vorsitzenden Eduard Koot und John W. Davis als Direktoren Otto H. Kahn, Frank L. Polk, Paul M. Warburg, Owen D. Young u. a. befinden. Die vom „Council“ herausgegebene Vierteljahrschrift „Foreign Affairs“ gilt als das beste außenpolitische Organ in den Vereinigten Staaten. Das vorliegende Jahrbuch enthält ausführliche Angaben über die Parteienstärken in den Volksvertretungen, über die Programme der verschiedenen Parteien, die Namen ihrer Führer, schließlich eine Aufzählung der wichtigsten politischen und wirtschaftlichen Tagesblätter und Wochenschriften des betreffenden Landes, wobei auch die Richtung des Blattes und sein Besitzer angegeben sind. Kleinere Lücken oder Ungenauigkeiten mögen hier unterlaufen sein. Die unter „Österreich“ gebotene Aufzählung der Tageszeitungen ist weder vollständig noch auch ganz genau. Die „Döztz“ z. B. wird als Organ der Großdeutschen Partei genannt, was nicht zutrifft. Wichtiger ist die Ungenauigkeit, die in der Bezeichnung dieser Partei und ihrer Organe als „pan-german“ (= allddeutsch) liegt. Als politischer Terminus sind „allddeutsch“ und „großdeutsch“ so verschiedene Dinge — auch die französische Presse beginnt endlich diesen Unterschied zu machen —, daß sie in einem Fachwerk nicht vermengt werden sollten. Durchaus anzuerkennen ist die Sachlichkeit, deren sich das Jahrbuch bei der sehr heiklen Aufgabe, die einzelnen Parteien zu kennzeichnen, bedient. Italien, Rußland, Ungarn usw. bieten dafür schöne Beispiele. Trotzdem sind den Herausgebern arge Mißgriffe unterlaufen. Über die österreichische Sozialdemokratie heißt es u. a.: „Der Aufbruch vom Juli 1927 erwies die Stärke des linken Flügels der Partei, der unter dem Einfluß Otto Bauers und seines Hanges zu bolschewikischen Ideen steht. Die vom Parteitag 1927 angenommenen Richtlinien wiesen Anzeichen einer Zunahme des Radikalismus innerhalb der Partei auf.“ Es gibt in Österreich selbst nur eine Meinung darüber, daß der von Karl Renner beherrschte Parteitag 1927 umgekehrt eine entscheidende Rechtswendung gebracht hat. Aber auch die über den 15. Juli vertretene extrem parteiische und von keinem ernstern Menschen in Österreich geteilte Ansicht ist geradezu kompromittierend. Die Herausgeber sind in diesem Punkt einer einseitigen Berichterstattung zum Opfer gefallen, eine Möglichkeit, gegen die sie, trotz aller im Vorwort erwähnten Bürgschaften dagegen, offenbar noch immer nicht genügend gefeit sind. — Mit diesen Einschränkungen läßt sich das 250 Doll. kostende Handbuch empfehlen. K. P.

Schluß des redaktionellen Teiles

Geschäftliche Mitteilungen

Böhmische Union-Bank.

Am 15. März d. J. fand die Bilanzsitzung des Vorstandes der Böhmischen Union-Bank statt, in welcher der Rechnungsabschluß für das Geschäftsjahr 1928 vorgelegt wurde, der zuzüglich des Vortrages aus dem Jahre 1927 per Kč 740.700-67 einen Reingewinn von Kč 34.347.103-15 aufweist.

In der für den 5. April d. J. einberufenen Generalversammlung wird der Vorstand die Ausschüttung einer Dividende von 10% — Kč 20— pro Aktie gleich wie im Vorjahre beantragen. Überdies wird der Vorstand der Generalversammlung den Vorschlag unterbreiten, dem Allgemeinen Reservefonds Kč 1.200.000—, dem Spezialreservefonds zur Deckung von Abgängen und Verlusten aus Debitoren Kč 5.000.000— und der Baureserve Kč 5.000.000— zuzuweisen und den nach Abzug der Tantième verbleibenden Rest von Kč 1.286.462-90 auf neue Rechnung vorzutragen.

Weiters wurde in der Vorstandssitzung der Beschluß gefaßt, in der Generalversammlung den Antrag auf Erhöhung des Aktienkapitals um Kč 50.000.000— auf Kč 250.000.000— zu stellen, wobei der Vorstand ermächtigt werden soll, die näheren Modalitäten dieser Neuemission, insbesondere hinsichtlich des Begebungskurses im eigenen Wirkungskreise festzusetzen.

Erläuterungen zur Bilanz.

Das Gewinn- und Verlustkonto wird, wie folgt ausgewiesen:

Gewinne:		in Millionen Kč	
Gewinnvortrag ex 1927	07		
Zinsen:			
von Wertpapieren	86		
von Wechseln	113		
von Forderungen	1592		1791
Provisionen			427
Verschiedene Gewinne:			
von Wertpapieren, Valuten, Devisen	148		
von Syndikaten	22		
andere Gewinne	03		173
Zusammen			2398
Lasten:			
Zinsen:			
von Einlagen	1030		
sonstige	21		1051
Kosten:			
sachliche Verwaltungsauslagen	143		
persönliche Verwaltungsauslagen	661		804
Steuern und Gebühren:			
Erwerbsteuer	143		
sonstige Steuern und Gebühren	06		
gesetzlicher Beitrag zum Spezialfonds	20		169
Abschreibungen:			
Reingewinn:			
Gewinnvortrag ex 1927	07		
Reingewinn pro 1928	336		343
			2398

Der Reingewinn beträgt somit Kč 34.347.103-15, abzüglich des Gewinnvortrages vom Jahre 1927 per Kč 740.700-67 Kč 33.606.402-48, was gegenüber dem Vorjahre einen Mehrertrag um rund 1/2 Million darstellt; dieser Ertrag entspricht einer Verzinsung des Aktienkapitals von 17-7% gegen 16-88% im Vorjahre. Im Zusammenhange mit der Erhöhung der Debitoren, welche eine Steigerung um rund 175 Millionen Kč aufzuweisen haben, zeigen die Zinseneinnahmen eine entsprechende Steigerung und auch das Provisions-Konto hat eine, wenn auch unerhebliche Erhöhung erfahren. Der Verminderung des Besitzes an festverzinslichen Wertpapieren entspricht ein Rückgang in den Effektzinsen. Die „Verschiedenen Gewinne“ sind um rund 7-6 Millionen Kč gesunken, da sich sowohl das Devisenwie auch das Effektengeschäft im abgelaufenen Jahre ungünstiger gestaltete, als im Jahre 1927 und überdies vom Effektertrage ein Teil zu Abwertungen im Effektenportefeuille Verwendung gefunden hat.

Die Steigerung der Passivzinsen, im wesentlichen eine Folge der erhöhten Sätze für Spareinlagen und Guthabungen in fremder Währung, hält sich im Rahmen der größeren fremden Mittel. Die Sachausgaben sind gegenüber dem Vorjahre gestiegen, weil darin die Widmung für den Jubiläumsfonds, sowie dringend erforderliche Adaptierungsarbeiten in mehreren Filialen, somit außerordentliche Lasten verrechnet erscheinen; ebenso ist die Steigerung der Personalregie, außer auf das Avancement der Beamten, auf eine der Beamenschaft zugebilligte außerordentliche Zulage zurückzuführen. Die Erwerbsteuer ist beträchtlich gesunken, worin sich die Steuerreform in diesem Jahre erstmalig ausgewirkt hat. Die Abschreibungen halten sich im üblichen Ausmaße.

Das Bilanz-Konto zeigt bei einer gegen das Vorjahr um zirka 300 Millionen Kč gestiegenen Bilanzsumme folgendes Bild:

Durchschnittsannuität mit 2050 Mill. M an Stelle der von Deutschland vorgeschlagenen 1650 Mill. M festsetzt, unter gewissen Vorbehalten einverstanden. — Am 10. Mai beschließt die Sachverständigenkonferenz einen neuen Entwurf für den Schlussbericht auszuarbeiten zu lassen, womit Sie Josiah Stamp mit Hinzuziehung Dr. Schachts betraut wird. (Vgl. „Aus der Woche“.) [30, Weltpolitik.]

Die führenden Ölproduzenten von Venezuela beschließen, die Petroleumproduktion auf den Umfang des Vorjahres zu beschränken. [1]

B Ü C H E R

Die Redaktion behält sich die ausführliche Besprechung der hier angezeigten Bücher vor.

Georg Hahn: Die Konkurrenz. Untersuchungen über die Ordnungsprinzipien und Entwicklungstendenzen der kapitalistischen Verkehrswirtschaft. Duncker & Humblot, München und Leipzig. 1929 8°. (182 S.)

Das sehr aktuelle Problem der „gebundenen“ kapitalistischen Wirtschaft ist der eigentliche Gegenstand dieses Buches. „Weite Kreise sind heute überzeugt,“ beginnt das Vorwort, „daß unsere freie kapitalistische Konkurrenzwirtschaft mit innerer Notwendigkeit in eine gebundene, sozialistische Gemeinwirtschaft übergehen werde. Dieser Meinung versucht die vorliegende Untersuchung entgegenzutreten.“ Trotz dieser klar ausgesprochenen Tendenz handelt es sich um eine methodisch streng wissenschaftliche Arbeit. Nicht in eine gebundene, sozialistische, sondern in eine kapitalistische Monopolwirtschaft führe die Entwicklung. Aber die Ausschaltung der freien Konkurrenz durch Kartell und Trust bedeute nicht auch die Ausschaltung der Konkurrenz schlechthin. Vielmehr bestehe diese, wenn auch eingeschränkt, als Ordnungsprinzip der Wirtschaft weiter; es sei nicht richtig, daß die Konkurrenz dazu neige, sich selbst durch Zusammenschluß der Konkurrenten aufzuheben. Was sich selbst aufhebe, das sei nur die „freie“, die „atomistische“ Konkurrenz, aber die Konkurrenz brauche gar nicht „frei“ (im atomistischen Verstande) zu sein; sie sei auch dann Konkurrenz, wenn sich die Zahl der Wirtschaftssubjekte infolge von Zusammenschlüssen wesentlich verringert, statt einer (grundsätzlich) unendlichen Anzahl nur eine verhältnismäßig kleine Anzahl beträgt. Der Hauptgrund der Zusammenschlüsse sei ein „technischer“: die geringe Fungibilität des festen Realkapitals. Für dieses bestehe Bewegungsfreiheit nur erstmalig als neues Kapital zu einer bestimmten Produktion hin. Der Prozeß sei also folgender: Die Konkurrenz bewirke zwar ein Zeitalter der Massenerzeugung und des Großbetriebes, die Ausschaltung der kleinen Betriebe (freilich nicht in allen Produktionszweigen), aber das führe nicht zum Übrigbleiben einer einzigen Unternehmung, sondern dazu, daß sehr wenige, aber immerhin mehrere Großunternehmungen den Plan beherrschen. Zwischen diesen entwickle sich dann als Folge des obigen Gesetzes — Nichtumkehrbarkeit der Bewegungsrichtung des einmal angelegten festen Realkapitals — eine neue Form der Konkurrenz, die eigentlich gar keine „freie“ mehr sei, da „freie“ Konkurrenz eben die hier nicht vorhandene freie Beweglichkeit des Kapitals voraussetzt. Diese Form der Konkurrenz sei die „ruinöse“ Konkurrenz, aus der das Erwerbsstreben nur einen Ausweg finde: den Zusammenschluß. Der Verfasser formuliert: „Das Ende der freien Konkurrenz liegt nicht im Zusammenschluß der Unternehmungen, sondern die Unternehmungen schließen sich zusammen, weil es keine freie Konkurrenz mehr gibt.“ Doch das Ende der freien Konkurrenz sei, wie gesagt, nicht auch das Ende der Konkurrenz schlechthin; folgt ein Hinweis auf „Außenleiter“, auf „neu entstehende Produktionsanlagen“ als Folgen einer überspitzten Monopolpreispolitik, auf die „latente Konkurrenz im Innern einer auf gewisse Zeit vertraglich zusammengeschlossenen Unternehmergruppe“ — somit darauf, daß ausschließliche Monopole selten oder wenigstens selten von langer Dauer sind. Die übrigen (für den Verfasser entscheidenden) Gründe, die das Walten der Konkurrenz auch bei Vorherrschen der Monopole beweisen sollen, beruhen, wie uns scheint, auf einem Mißverständnis: „Die Konkurrenz aller Güter um die Nachfrage“ als bildlicher Ausdruck für eine freie Bedürfnisgestaltung des Konsumenten besteht gewiß auch weiter; aber unter Konkurrenz ist nicht der bloß bildliche „Wettbewerb“ der Güter um die Kaufkraft, sondern der wirkliche Wettbe-

werb der Wirtschaftssubjekte um die Güter zu verstehen. Das selbe gilt für die Konkurrenz der Monopolprodukte „mit vorhandenen Ersatzprodukten“. Hier reichen sich die Unklarheiten des ersten, für den Gedankengang grundlegenden Kapitels, welches Konkurrenz und Erwerbsstreben als die zwei „antagonistischen Kräfte“ aufzeigen will, die angeblich die Preisbildung beherrschen. „Dem Erwerbsstreben, das beim Einkauf niedere, beim Verkauf hohe Preise erreichen will, tritt das Konkurrenzstreben gegenüber, das auf niedere Preise beim Verkauf und hohe Preise beim Einkauf hinzielt. Wozu zu sagen ist; Konkurrenz und Erwerbsstreben sind Erscheinungen ganz verschiedener Ordnung. Antagonismus kann mithin zwischen ihnen gar nicht bestehen. Ein Konkurrenzstreben gibt es nicht; nur eine Konkurrenz als objektiven Ausdruck des Verhaltens von Marktpersonen, die als solche nach Erwerb streben. Wie überflüssig diese Doppelkonstruktion von Konkurrenz und Erwerbsstreben ist, erweist sich übrigens am besten daran, daß der Tausch, den der Verfasser ganz teleologisch aus der Konkurrenz als dem „grundsätzlichen Streben jedes Mitglieds einer Tauschwirtschaft nach Austausch der Produkte und Leistungen“ ableitet, ohne weiteres aus jenem „Erwerbsstreben“ ableitbar ist, wie das Böhm-Bawerk gezeigt hat: der Tauschwerber tauscht lieber mit geringem Nutzen als gar nicht. Kein Wunder, daß die Zurechnungstheorie dem Verfasser als ein bedenklicher oder jedenfalls müßiger Irrweg gewisser Theoretiker erscheint. Neben einer sehr gelungenen, zum Teil auf Heilmann gestützten Kritik Oppenheims enthält die Schrift auch milder gelungene Auseinandersetzungen, namentlich mit Cassel. Die Argumente, die Cassel dafür aufgebracht hat, daß eine sozialistische Verwaltungswirtschaft, mangels einer zulänglichen Wirtschaftsrechnung in ihr, undurchführbar wäre, werden vom Verfasser irrtümlich auch auf den geldwirtschaftlichen Sozialismus übertragen, für welchen Cassel (wie auch Heilmann), wie bekannt, das Gegenteil behauptet, nämlich die Durchführbarkeit einer Wirtschaftsrechnung sowie einer Wirtschaft überhaupt. Mehr Vertrauen zu den Ergebnissen einer werttheoretisch fundierten Preislehre, namentlich zur „österreichischen Schule“ oder des Amerikaners, hätte hier den Verfasser vor manchen Fehlschlüssen bewahrt. Sein ehrlicher Versuch, sich mit den zweifelhaften schwierigen und nicht genügend erforschten Problemen der modernen Halbmonopolwirtschaft methodisch auseinanderzusetzen, ist jedenfalls anzuerkennen. Dr. K. P.

Assekuranz-Jahrbuch. Gegründet 1880 von A. Ehrenzweig. Band 48. Schriftleitung: Prof. S. Lengyel. Wien und Leipzig, 1929, Compaßverlag (672 S.) Soeben ist der 48. Band des Assekuranz-Jahrbuches erschienen. Dieses erstklassige Fachwerk des Versicherungswesens in deutscher Sprache bringt wieder im ersten Teil eine Reihe interessanter Abhandlungen, unter anderem über die Grundlagen der Feuerversicherung von Direktor Ernst Hoppe, Wien, die Personenversicherung in der zivilen Luftfahrt von Dr. H. Bostticher (Berlin), Zusammenfassungen im Versicherungswesen von Prof. Dr. Alfred Manes (Berlin), Kreditversicherung von Dr. Georg Schlessinger (Wien) usw. Der zweite Teil bringt ein nach den einzelnen Versicherungszweigen geordnetes Verzeichnis der im Jahre 1928 erschienenen Bücher über die Privatversicherung, der dritte Teil Abhandlungen über die Entwicklung des Versicherungswesens in den einzelnen Staaten der Erde und eine Zusammenstellung der Rechnungsabchlüsse der in den einzelnen Staaten tätigen Versicherungsgesellschaften. Im vierten Teil wird das öffentliche Versicherungswesen besprochen und schließlich im fünften eine internationale Übersicht der Organisation, Nationalität der in den einzelnen Ländern tätigen Versicherungsgesellschaften, Bevölkerungsbewegung, Todesursachen, Lebensversicherungsbestände, Höhe der Lebensversicherungsprämien usw. gegeben. Jk.

Das Angestelltenversicherungsgesetz nach dem Stande von Mitte Februar 1929. Von Dr. Ferdinand Czerny, Generalsekretär-Stellvertreter der Hauptanstalt für Angestelltenversicherung, Manzverlag, Wien. Von den vielen bisher erschienenen Schriften über das Angestelltenversicherungsgesetz ist dieses Werk besonders hervorzuheben, da es die durch unmittelbare Mitarbeit an maßgebender Stelle gewonnenen Erfahrungen im allerreichsten Maße berücksichtigt. Außer dem Gesetz enthält es den Motivenbericht, sämtliche Durchführungsverordnungen, die Durchführungsbestimmungen der Hauptanstalt für Angestelltenversicherung, den wesentlichsten Inhalt von einschlägigen Entscheidungen des Verwaltungsgerichtshofes, des Bundesministeriums für soziale Verwaltung und der Schiedsgerichte sowie von den allgemeinen Erlässen des ge-

Die internationale Meerengenkommission stellt fest, daß der italienische Geschwaderflug von 35 Seeflugzeugen über die Dardanellen eine Verletzung des Lausanner Vertrages bedeutet. [32]

Weltwirtschaft

Am 21. Juni wird die Internationale Arbeitskonferenz in Genf geschlossen. [36]

Das Internationale Schienenkartell wird am 19. Juni in Paris endgültig unterzeichnet. Es läuft bis 31. März 1936.

B Ü C H E R

Die Redaktion behält sich die ausführliche Besprechung der hier angezeigten Bücher vor.

Mexiko, Europa und Amerika unter besonderer Berücksichtigung der Petroleumpolitik, von Dr. Alfred Vagts. Eine wirtschaftsdiplomatische Untersuchung. Heft 6 von „Politische Wissenschaft“, Schriftenreihe der Deutschen Hochschule für Politik in Berlin und des Instituts für Auswärtige Politik in Hamburg. 1928. XVI und 415 S. Verlag Dr. Walther Rothchild, Berlin-Grünwald.

Die Wandlung, die der Weltkrieg im Verhältnis Europas zu den Vereinigten Staaten hervorgebracht hat, zwingt Europa, amerikanischen Angelegenheiten erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken. Die Abhängigkeit so vieler europäischer Staaten von der Wirtschaftsmacht Amerika, ihr Vorbild beispielloser Prosperität (der freilich auch viel zu wenig bekannte Schattenseiten gegenüberstehen) bringt es mit sich, daß diese Aufmerksamkeit sich hauptsächlich den wirtschaftlichen Vorgängen des „Wirtschaftswunders“ zuwendet. Ist trotz allem, was hierüber geschrieben wurde, unsere Kenntnis auf diesem Gebiet nur bescheiden, noch viel dürftiger ist sie in den doch schließlich auch für Europa äußerst wichtigen Fragen der amerikanischen Innen- und Außenpolitik. Das — noch immer — bestehende Primat der Innen- vor der Außenpolitik ist nur aus den Kräften und aus der Vorstellungswelt, die beide historisch bedingt sind, zu verstehen — doch wie wenig weiß Europa eigentlich von amerikanischer Geschichte. Schon aus diesem Grunde ist ein Buch wie das hier anzuzeigende von Wichtigkeit. Es beleuchtet das Verhältnis der Großmacht zu ihrem unmittelbaren Nachbar, läßt Streiflichter auf das Verhältnis zu anderen amerikanischen Mächten und manches helle Licht auch auf die Beziehungen zu den europäischen fallen, wie sich diese aus dem Problem Amerika-Mexiko ergaben. Es spürt aber auch den Kräften nach, die dieses Problem schufen und später beherrschten. Dabei stieß die Untersuchung notwendigerweise auf die Einflüsse der Petroleumpolitik, kam zu dem Bestreben Mexikos, die unter dem Diktator Porfirio Diaz freigebig verschenkten Ölschätze des Landes, oder was diesen danach an solchen noch verblieben war, für das Land zu retten. In der Verfassung von Queretaro (1917), die Wilson's ebenso eigenwilliger Schützling Carranza dem Lande gab, kristallisierte sich dieses Bestreben in dem berühmten Artikel 27. Obwohl schon vorher Interessenkonflikte zwischen englischen und amerikanischen Ölgesellschaften zu verzeichnen waren, datiert doch von da ab der eigentliche Kampf um Mexikos Öl, den die zwar manchmal und stellenweise brüchig werdende Einheitsfront der europäisch-amerikanischen Ölgesellschaften gegen Mexiko führte. Nach zehnjährigem Kampf, der für Mexiko von Anfang an ein Rückzugsgefecht sein mußte, wurde schließlich durch Coolidges letzten Botschafter, Morrow, Frieden geschlossen, den dieser dadurch ermöglichte, daß er durch einen Wechsel der Methode — nicht des Zieles — der mexikanischen Regierung, die klug genug war, sich diese letzte Chance nicht entgehen zu lassen, Gelegenheit gab, die Niederlage als Kompromiß erscheinen zu lassen. Obwohl der Verfasser in seiner gründlichen und kenntnisreichen Arbeit der räuberromantischen Auffassung der Ölpolitik: jeder Schritt der Regierung ist von den sich erbittert befehdenden Ölkonzernen diktiert, keine Konzession zu machen bereit ist und auf Sensationsucht verzichtet, bleibt an fesselnden Tatbeständen und erstaunlichen Zusammenhängen zwischen Öl und Politik übergenug übrig; sie machen das Buch zu einer Lektüre, die für wertvolle Erweiterung unseres Wissens und überdies bis zur letzten Seite für eine bei wissenschaftlichen Arbeiten nicht alltägliche Spannung sorgt.

Dr. W. M., Amsterdam.

World Economic Suicide. Von Sir George Paish, London, General Press 1920, 16 Seiten. Der Lieblingsgedankengang dieses bekannten, Freihändlers: Die Schutzzölle der Nachkriegszeit müssen in nächster Zukunft zu einer allgemeinen Finanzkatastrophe führen, besonders wenn die staatlich geförderte Überspannung der Ausfuhrkredite nicht aufhört. Die in den U. S. A. gegenwärtig herrschende Geldteuerung wird bereits als Ansatzpunkt dieser Weltfinanzkrise betrachtet. Nur wenn die Staaten nicht mehr durch Zollmauern der Bezahlung der Ausfuhr durch Güter Hindernisse entgegenstellen (statt die Ausfuhr, wie heute, durch forcierte Kredite zu fördern), wird die Gefahr der Katastrophe behoben sein, zu der heute, nach Ansicht des Verfassers, jede größere Krediteinschränkung führen muß.

K. P.

Schweizerisches Steuerrecht. Von Dr. Ernst Blumenstein. II. Halbband. Verlag von J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen, 1929. (698 S.)

Europäischer Nationalitätenkongreß. Sitzungsbericht des Kongresses der organisierten nationalen Gruppen in den Staaten Europas. Genf, 29. bis 31. August 1928, in Kommission bei Wilhelm Braumüller, Wien Leipzig, 1928. (167 S.)

Die Aktiengesellschaften im Bezirk Dresden 1929. Herausgegeben von Gebr. Arnhold, Bankhaus, Dresden—Berlin. (214 S.)

Die Wasserwirtschaft des Odergebiets. Ziele und Wege. Schriften der Industrie- und Handelskammer Breslau, Heft II. Jänner 1929. Verlag von M. & H. Marcus, Breslau. (41 S.)

Tabellen für die Effektivverzinsung von Tilgungsanleihen und Tilgungsdarlehen. Aufgestellt von K. Ladegast. Herausgegeben vom Deutschen Sparkassen- und Giroverband, Berlin. (64 S.)

Bericht der Vereinigung der Sparkassen und Banken, Budapest, über das Jahr 1928. (61 S.)

Blätter aus der Geschichte des Brünnner Handels. Herausgegeben vom Handelsgremium in Brünn. 1928. (231 S.)

Osterreichs Bundesheer. Verfaßt und herausgegeben vom Bundesministerium für Heerwesen. Verlag Militärwissenschaftliche und Technische Mitteilungen, Wien, I., Stubenring Nr. 1. (206 S.)

Schluß des redaktionellen Teiles

Geschäftliche Mitteilungen

Österreichisch-Alpine Montangesellschaft.

In der am 25. d. M. unter dem Vorsitz des Herrn Präsidenten Wilhelm Kux abgehaltenen 47. ordentlichen Generalversammlung wurde beschlossen, von dem ausgewiesenen Reingewinn per 2.510.028 S zur Zahlung einer 4%igen Dividende 2.400.000 S zu verwenden und den Rest per 110.028 S auf neue Rechnung vorzutragen. Die turnusmäßig ausscheidenden Mitglieder des Verwaltungsrates, die Herren Dr. Corbin, Dr. Oppenheim und Dr. Vögler wurden wiedergewählt und die Zuwahl der Herren Hans Fürstenberg und Dr. Jakob Goldschmidt bestätigt.

Der Geschäftsbericht führt unter anderem aus:

Die Erlöse, die wir im Durchschnitte für unsere Erzeugnisse erzielt haben, nähern sich zwar jenen der Vorkriegsjahre, ohne sie jedoch bisher für irgendeinen der von uns hergestellten Artikel erreicht zu haben. Die Selbstkosten hingegen sind — infolge der erhöhten Aufwendungen für Löhne, Gehalte und soziale Abgaben — in stetigem Ansteigen begriffen.

Verglichen mit dem Jahre 1912, ist im Berichtsjahre die Faktursumme um 7-7% niedriger, die Lohn- und Gehaltssumme um mehr als 19% höher. Steuern und soziale Abgaben, auf den Kopf des Ar-

Naher Osten

Zwischen der schwedischen Bahnbaugruppe Nydquist und Holm und der türkischen Regierung wird der Vertrag über den Bahnbau Koller-Diabeck abgeschlossen und unterzeichnet.

U. S. A.

Der Vorsitzende des American Federation of Labour, W. Green, erklärt sich für die Präsidentschaftsbewerbung Al Smiths. [49]

Die Clearingstelle der New Yorker Börse schlägt vor, daß Vorschüsse, die durch Federal Reserve Banknoten auf hinterlegte Staatspapiere gemacht werden, einen Zinsabschlag genießen. Die Federal Reserve Board lehnt diesen Antrag ab.

Goodyear Rubber Plantation Co. plant die Anlegung einer Gummipflanzung auf der Insel Mindanao (Philippinen) mit 6 Mill. Doll. Kostenaufwand.

Die Fox-Film Corporation errichtet ein Atelier für Tonfilme mit 1 Mill. Doll. Kostenaufwand (Tri-Ergon-Verfahren).

Ölausfuhr im 1. Halbjahr: 867 (754) Barrels Rohöl im Werte von 1199 (1254) Mill. Doll. und 6554 (5743) Mill. Barrels raffinierte Produkte im Werte von 22258 (23078) Millionen Doll.

Seitliche Übersee

Die kanadische Regierung setzt zwecks Finanzierung der Ernte den Zinsfuß der Staatsvorschüsse im Betrage von 40 bis 50 Mill. Doll. von 5 auf 4% herab.

Die mexikanischen Eisenbahnen weisen einen Passivsaldo für 1927 von 71.004 Pf. St. aus, wodurch das Defizit auf 892.887 Pf. St. anwächst.

Die Verhandlungen über die Anleihe von 12 Mill. Doll. für Nikaragua werden bis nach den nikaraguanischen Wahlen im November verschoben.

Tschang Tso-hin Sohn, Tschang Hsu-chiang, zieht 80.000 mandschurische Soldaten von chinesischem Gebiet in die Mandchurei zurück. [44]

Weltpolitik

Am 31. August tritt der Völkerbundrat zu seiner 51. Tagung zusammen. [37]

Die ungarische Regierung bringt den Optantenstreit mit Hinblick auf die gescheiterten rumänisch-ungarischen Ausgleichsverhandlungen neuerlich vor den Völkerbund auf Grund § 239 des Trianoner Vertrages und §§ 13 und 14 der Völkerbundsatzungen. [38]

Der Voranschlag des Völkerbundes für 1929 sieht Ausgaben im Betrage von 269 gegen 253 Mill. schw. Fr. i. V. vor.

Das amerikanische Staatsdepartement ladet 48 Staaten ein, dem Kellogg-Pakt beizutreten. An die Sowjetunion ergoht die Einladung durch den französischen Botschafter in Moskau. [49]

Sowjetrußland tritt am 28. August dem Kellogg-Pakt bei. Die englischen und französischen Vorbehalte werden hierbei ausdrücklich abgelehnt. [49]

Japan bereitet die Einberufung einer internationalen Konferenz der Mächte vor, die in einheitlicher Weise Stellung zur Frage der chinesischen Zollautonomie nehmen soll. [45]

Weltwirtschaft

Schiffsverkehr im 1. Halbjahr 1928 im Suezkanal: 1599 Mill. t Netto-Tonnage gegen 1450 Mill. i. V.

Die Vertreter von 11 europäischen Nationen auf der Tagung der Lichtspieltheaterbesitzer beschließen die Gründung eines europäischen Lichtspielsyndikats.

Verteilung der Weltfilmherzeugung im 1. Halbjahr 1928: Deutschland 38,5%, Sonst. Europa 14,1%, U. S. A. 47,4% gegen 1927: Deutschland 46,2%, sonst. Europa 17,6%, U. S. A. 36,2%.

B U C H E R

Die Regelung der Arbeitsverhältnisse im Kriege. Von Emanuel Adler, Franz Aggermann, Emmy Freundlich, Ernst Hübel, Eduard Straas, Viktor Stein, Josef Tomeschik, Siegfried Rosenfeld. Unter der Leitung von Ferdinand Hanusch und Emanuel Adler. Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Weltkrieges. Carnegie-Stiftung für inter-

nationalen Frieden. Abteilung für Volkswirtschaft und Geschichte. Hölder-Pichler-Tempsky A. G., Wien 1927. (444 Seiten.)

In dankenswerter Weise haben die Verfasser der angezeigten Sammelschrift ihre Aufgabe gelöst. Das Arbeitsrecht im Krieg und die Arbeitsverhältnisse in den einzelnen Industrien haben eine eingehende und sachliche Würdigung erfahren. Reiches statistisches Material ergänzt die Ausführungen, wogegen nur der Zeitraum 1915—1917, nicht aber 1918 statistisch erfaßt werden konnte. Betreffend die Regelung der Arbeitsverhältnisse verfällt die Kriegsperiode in zwei Abschnitte. Die Grenze ist der 18. März 1917, an dem durch eine Verordnung die Errichtung von Beschwerdekommmissionen verfügt wurde. Die Zeit vom Kriegsausbruch bis Mitte März 1927 bedeutet für die Arbeiter die unumschränkte Herrschaft des Kriegszeitgesetzes und den Verlust fast aller sozialpolitischen Errungenschaften. Der freie Arbeitsvertrag war beseitigt, die Macht der Unternehmer unbeschränkt, die Rechte der Arbeiter hingegen waren außer Kraft gesetzt. Die Freizügigkeit und das Koalitionsrecht waren aufgehoben, das Vereins- und Versammlungsrecht beschränkt. Die Arbeiter standen unter militärischer Disziplin und Strafgewalt. Das Kriegszeitgesetz bestimmte zwar den Arbeitszwang, die Bindung des Arbeiters an die Betriebsstätte, die Aufhebung des freien Arbeitsvertrages, aber es enthielt kein Wort über den staatlichen Schutz des Arbeiters und seiner Rechte. Die militärischen Leiter der Betriebe hatten zwar ausschließlich die Aufgabe, Ordnung und Disziplin aufrechtzuerhalten, dennoch ist es sehr oft vorgekommen, daß sie den Arbeitern befahlen, Akkord- und Zeitlöhne nach dem Gutdünken der Unternehmer anzunehmen, und daß sie über Arbeiter, die dagegen Einspruch erhoben, Arrest- und andere Strafen verhängten. Die größte Erbitterung rief die ganz und gar ungesetzliche Verquickung des Kriegszeitgesetzes mit dem Landsturmgesetz hervor, durch welche der Typus des Landsturmarbeiters geschaffen wurde, der zwar wie jeder andere Arbeiter tätig war, aber nicht den Lohn, sondern den unvergleichlich geringeren Soldatensold bekam. Durch verschiedene Verordnungen wurden die gesetzlichen Bestimmungen betreffend die Sonntagsruhe, den elfstündigen Arbeitstag und die Arbeitszeit der Frauen und Jugendlichen außer Kraft gesetzt. Erst durch die Errichtung der sogenannten Beschwerdekommmissionen wurden die Unzukömmlichkeiten und Mißbräuche teilweise behoben. Die Verordnung über die Errichtung von Beschwerdekommmissionen hat auch materiell-rechtliche Neuerungen von größter Tragweite gebracht. Besonders wichtig war diese Bestimmung: „Den Personen, die in den militärischen Zwecken dienenden Betrieben beschäftigt sind, ist ein ihrer beruflichen Ausbildung und ihren Leistungen angemessener, durch die jeweiligen Lebens- und Arbeitsverhältnisse bedingter Lohn zu gewähren“. Damit wurde — eine außerordentliche Neuerung — dem Arbeitnehmer ein Anspruch auf angemessenen Lohn zuerkannt, unabhängig von Vereinbarungen mit dem Arbeitgeber und auch im Widerspruch mit solchen. Die Beschwerdekommmissionen hatten übrigens nicht nur das Entgelt zu bestimmen, sondern konnten auch alle sonstigen Arbeitsbedingungen (Arbeitszeit, Pausen, Sonntagsarbeit, Vorsorgen zum Schutze des Arbeitenden, Verköstigung usw.) regeln.

Die Arbeitsverhältnisse haben sich in fast allen Industriezweigen (ausgenommen die Textilindustrie, wo mit Rücksicht auf den Rohstoffmangel während des ganzen Krieges große Arbeitslosigkeit herrschte) folgendermaßen entwickelt. Bei Kriegsausbruch kam es überall zur Stilllegung vieler Betriebe und Betriebseinschränkungen. Aber schon im dritten Kriegsmonat, als die Heeresleitung mit großen Bestellungen auftrat und immer mehr Arbeiter zum Militärdienst herangezogen wurden, mußten Männer durch Frauen und Jugendliche ersetzt werden. Mit Rücksicht darauf, daß das statistische Material lückenhaft ist, kann man sich von den Lohnverhältnissen kein klares Bild machen, um so weniger, als in sehr vielen Betrieben die Löhne in Naturalien ausbezahlt wurden. In den ersten zwei Kriegsjahren kamen Streiks selten vor, aber 1917 und 1918, als die Ernährungsverhältnisse immer schlechter wurden, kam es zu großen Arbeitseinstellungen. Leider ist die Statistik der Gesundheitsverhältnisse lückenhaft, aber an den wenigen Zahlen kann man die Verheerungen, die der Krieg unter der Arbeiterschaft anrichtet hat, ermessen.

Dr. J. R.

Völkerbund und Presse. Ein Beitrag zur internationalen Presseausstellung in Köln. Herausgegeben von der Informationsabteilung des Völkerbundsekretariats. Genf. 1928. (86 Seiten.)

Eine klare Schilderung der ganz eigenartigen Aufgaben, vor die das Völkerbundsekretariat durch sein pflichtgemäßes

Streben zur Öffentlichkeit der Völkerbund-diplomatie gestellt wurde, sowie der Lösungen, die sie hiezu gefunden hat. Auch wo der Wille zur Öffentlichkeit vorhanden ist, und in Genf ist er es unzweifelhaft, ist der Weg dazu nicht immer leicht zu finden. Es genügt zum Beispiel nicht, die Versammlungen, Sitzungen usw. der Presse zugänglich zu machen. Es finden ihrer so viele auf einmal statt und die Gegenstände, die von den sehr zahlreichen Ausschüssen und Unterausschüssen einander undurchsichtig durchkreuzender Sonderorgane behandelt werden, sind oft in so hohem Grade technischer Natur, daß mangels eines speziell hiezu geschaffenen Apparates der Orientierung über die gleichzeitig vor sich gehenden Verhandlungen und eines hochentwickelten inneren Nachrichten- und Meldungsdienstes es dem Journalisten einfach unmöglich wäre, das Wesentliche des Geschehens schnell zu erfassen und in authentischer Form weiterzugeben. Da nicht nur die Völkerbundversammlung, sondern zumeist auch der Rat öffentlich tagen — von den auch in der Zwischenzeit der Ratstagungen ihre Arbeiten fortsetzenden Ausschüssen gar nicht zu reden —, ist das von der Presse zu bewältigende Material oft ganz gewaltig. An der 7. Versammlung 1926 zum Beispiel waren 386 Pressorgane vertreten, hiervon 55 deutsche, 48 französische, 41 englische, 31 amerikanische. Die Ratstagungen erreichen so hohe Beteiligungsziffern nicht. Auf der Weltwirtschaftskonferenz waren 213 Presseorgane, davon 22 Agenturen, vertreten. „Eine Aufstellung, die vom Völkerbund-Sekretariat über die Gesamtzahl der Journalisten gemacht wurde, die seit der Gründung des Völkerbunds nach Genf gekommen sind — wobei jeder Journalist nur einmal gezählt wurde —, ergab bis zum 15. März 1928 die Gesamtsumme von 1450 Pressvertretern, die mehr als 1000 Zeitungen und Zeitschriften aus 51 Ländern vertreten.“ (S. 49.) Ständig in Genf vertreten sind heute 103 Presseorgane, darunter 83 Zeitungen und 20 Nachrichtenbureaux aus den wichtigsten Ländern. An der Spitze steht Deutschland mit 21 Journalisten, von denen vier die großen deutschen Nachrichtenbureaux, 2 größere Zeitungskonzerne und verschiedene andere gleichzeitig mehrere Zeitungen vertreten.

Anschlußfragen im Bilde. 12 Zeichnungen mit Text von Dr. Friedrich Lange. Verlag des Österreichisch-Deutschen Volksbundes (Heim ins Reich-Verlag). Berlin NW 40, Kronprinzenufer 19. 1928. (16 S.)

Mit seinen außerordentlich anschaulichen, durch knappe Begleitworte erläuterten Bildern ist diese kleine Schrift besonders geeignet, auch den weiten Schichten des deutschen Volkes, die es nicht gelernt haben mögen, in der Politik geographisch zu denken, die Augen dafür zu öffnen, was die Eingliederung Österreichs in das Deutsche Reich auch für dieses selbst bedeutet. Zugleich wird Klarheit über das Los der kleinen österreichischen Grenzländer, Vorarlbergs, des Burgenlands und Osttirols, verbreitet, die in den Blutkreislauf der Nation politisch und wirtschaftlich erst dann wirklich eingeschaltet sein können, bis sie Grenzgebiete des großen Reiches sein werden.

Dr. Fz. Kl.

Beiträge zur Wirtschaftstheorie. Herausgegeben von Karl Diehl. Zweiter Teil. Konjunkturforschung und Konjunkturtheorie. Wissenschaftliche Gutachten von Eugen Anschütz, L. Albert Hahn, Friedrich A. v. Hayek, Robert Liepmann, Adolf Löwa, Oskar Morgenstern, Wilhelm Röpke, Kurt Singer, Richard Strigl, Folkert Wilken, Julius Wolf. Verlag von Duncker & Humblot, München und Leipzig 1928. (376 Seiten.)

Schluß des redaktionellen Teiles

Geschäftliche Mitteilungen

Die österreichische Tabakregie

beteiligt sich auch heuer an der Wiener Herbstmesse. Im Haupthofe des Messepalastes erscheint sie wieder mit ihrem Propaganda-Auto. Im Messepavillon am Rotunden-gelände wird zum ersten Male die „Manipulation“ griechischer Rohabake durch Arbeiter der neuen Einkaufsorganisation im Orient vorgeführt. Griechische Arbeiter und Arbeiterinnen werden hier die Tabake aus den Bauernballen klassenmäßig nach Qualität sortieren.

Im Ausstellungsraum des Pavillons werden Szenen aus der orientalischen Tabakkultur in Bildern gezeigt und die Erzeugung von Zigaretten in den österreichischen Tabakfabriken kinematographisch vorgeführt.

Im Propaganda-Auto wie auch im Rotundenpavillon werden sämtliche Fabrikate der Tabakregie — die gangbarsten Sorten auch von der Entnikotinisierungsanstalt Aug. Falk entnikotiniert — verkauft.

Zentralsparkasse der Gemeinde Wien.

Im abgelaufenen Monat August wurden bei der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien in der Hauptanstalt und in den Zweiganstalten von 57.104 Parteien S 27.341.283·78 eingelegt und an 40.697 Parteien S 21.482.092·64 rückgezahlt.

Der Einlagenstand betrug mit Ende August 1928 S 306.252.875·34.

Im Hypothekendarlehensgeschäft belief sich der Stand der Hypothekarkredite und öffentlichen Darlehen am 31. August 1928 auf S 217.132.216·08.

Der Stand der Wertpapiere betrug am 31. August 1928 Nominale S 31.575.975·41; an Wechselkrediten waren S 12.900.025·02 aushaftend.

<p>Aufzügefabrik A. Freissler Gesellschaft m. b. H.</p>	<p>Wien, X. Bezirk, Erlachplatz Nr. 3 Telephon 50-2-60 Budapest VI., Horn Ede-utca 4 Gegründet 1868</p>	<p>Personen- und Lasten- Aufzüge Krane, elektrische Spille</p>
---	---	---

Montan- und Industrialwerke
vormals Joh. Dav. Starck
Prag II, Revoluční 2
Telegr.: Starckindustrie Telephon *21347
Chemische u. Farbenfabriken Kaschau u. Brno b. Pilsen
Glashütten Unterreichenau bei Falkenau a. d. E.
Chamotte- und Steinzeugwaren Brno
Mineralwerk Altsattl
Braun- und Steinkohlenbergbau

FÜR IHREN WAGEN



Galtol
Motoroil - Benzin
ÜBERALL ZU HABEN

B. N. A.

Der Senat nimmt am 5. Februar mit 86 gegen 12 Stimmen die Flottenvorlage samt den von Coolidge abgelehnten Besatzungsbestimmungen an.

Die Red Cross Line wird von den englischen Reedern Farnese, Withy and Co. angekauft.

Der Gesamtwert der im Jahre 1928 ausgeführten Automobile wird mit 522 (405) Mill. Doll. angegeben.

Die Federal-Reserve-Banken warnen vor der Gewährung von Bürsendarlehen. Die Federal-Reserve-Banken in Minneapolis, Dallas und Kansas City, die an der Bankrate von 4% festgehalten haben, beschloßen, Rediskontierungen solchen Banken zu verweigern, die Geld an New Yorker Börsenmakler ausleihen.

Sonstige Übersen.

Am 5. Februar brochen in Bombay durch einen Streik im Spinnergewerbe verschärfte religiöse Kämpfe aus. Die Mohammedaner nehmen von den Hindus verfolgte Angehörige der Pathan-Sekte in Schutz. Die Unruhen fordern mehrere hundert Opfer.

Weltpolitik.

In Moskau wird am 7. Februar das sogenannte Litwinow-Protokoll unterzeichnet, mit welchem Rußland, Polen, Estland, Lettland und Rumänien den Kellogg-Pakt mit sofortiger Wirkung unter sich in Kraft setzen. (Vgl. „Aus der Woche“) [16]

Das polnische Parlament ratifiziert am 7. Februar ohne Diskussion den Kellogg-Pakt.

Auf der Konferenz der panamerikanischen Union in Washington schließen die Vereinigten Staaten mit 19 lateinamerikanischen Staaten einen obligatorischen Schiedsvertrag und einen obligatorischen Versöhnungsvertrag. [16]

Anfangs Februar werden die Verhandlungen zwischen China und Japan über die Räumung von Schantung und die Beilegung des Tschinan-Zwischenfalles wieder aufgenommen, scheitern aber an der Weigerung Japans, seine Truppen aus Schantung unbedingt zurückzuziehen. [19]

Am 7. und 8. Februar tagt in London eine Konferenz der Vertreter der sozialistischen Parteien Belgiens, Deutschlands, Frankreichs und Englands. (Vierländerkonferenz.) — Am 11. und 12. Februar tagt daselbst die Exekutive der Sozialistischen Arbeiterinternationale. Auch die Minderheitenkommission der Sozialistischen Arbeiterinternationale tritt zur selben Zeit in London zusammen.

Weltwirtschaft.

Am 11. Februar tritt die Sachverständigen-Konferenz über den Dawes-Plan in Paris zu ihrer ersten Sitzung zusammen. Vorsitzender der Konferenz wird Owen D. Young. (Vgl. „Aus der Woche“.)

In Mitteleuropa tritt eine Kälteperiode auf, die Temperaturen von unter 30° C bringt. (Vgl. „Aus der Woche“.)

Das Internationale Kupferkartell hat den Kupferpreis in raschen Sprüngen von 16% Ende 1928 auf 18½ cts. erhöht.

B U C H E R

Annuaire de la Société des Nations 1928. Herausgegeben von Georg v. Ottlik. (2. Jahrg.) Verlag des Annuaire de la S. D. N. Genf 8°. 753 S. — Dasselbe 1920—1927. (1. Jahrg.) Verlag Payot & Cie., Lausanne und Genf. 8°. 1005 S. — Im Vorjahr ist die erste Folge dieses Jahrbuches erschienen. Es umfaßt den Zeitraum 1920—1927, also von der Gründung des Völkerbundes bis zum Erscheinen des Nachschlagewerkes. Heuer ist das Jahrbuch fortgesetzt worden. Während so der erste Band ein Quellenwerk darstellt, das alle Fragen, die von Genf in diesen acht Jahren behandelt worden sind, in allen Einzelheiten geschichtlich entwickelt, ist der zweite Band als Weiterführung des ersten gedacht. Trotzdem ist er durchaus auch als ein selbständiges Ganzes zu betrachten, da er weit überwiegende Teil des ersten Bandes hier wieder Aufnahme gefunden hat. Nur betreffs der Vorgeschichte der einzelnen Fragen wird — sehr übersichtlich — auf den ersten Band zurückverwiesen. Überhaupt muß dem Herausgeber das Lobnis ausgestellt werden, daß er die äußerst verwickelte Materie zur höchst möglichen Übersichtlichkeit gebracht hat. Ob der Genfer Völkerbund einst die Erde regieren wird, ob er in das Kurialitätenkabinett der Weltgeschichte wandern wird — dieses Jahrbuch bleibt ein einzigartiges Dokument. Hier

findet sich auf Grund amtlichen Materials alles und jegliches aufgezeichnet, was der Völkerbund geleistet und nicht geleistet hat. Trotzdem so vieles darin Geschichte, manches bereits Weltgeschichte, andres noch Geschichte des Tages ist, so ist einem doch, nachdem man es durchgeblättert hat, als stünde man vor einem seltsamen, fast unbekanntem Ding, einem halb künstlichen, halb organischen, halb über-, halb unterentwickelten Wesen, so rätselhaft in seiner Macht wie in seiner Ohnmacht — *lusus naturae*.

Die Einleitung enthält die Vorgeschichte der Völkerbundsatzungen von den Vierzehn Punkten Wilsons (8. Jänner 1918) über die drei Wilson-Fassungen, den Phillimore- und den House-Entwurf, den französischen, italienischen, britischen, schweizerischen, holländischen, skandinavischen und den deutschen Entwürfen bis zur Inkraftsetzung des Paktes am 10. Jänner 1920. Es folgen die Satzungen des Völkerbundes samt den bereits geltenden und den erst vorgeschlagenen Abänderungen.

Der erste Teil bringt dann die Verfassung des Völkerbundes, seine Zusammensetzung, seinen Wirkungskreis, seine Wirkungsarten. Bei der Beschreibung seiner Organe — Versammlung, Rat, Sekretariat — findet man eine sorgfältige Aufzählung allen auf Zusammensetzung, Kompetenz und Vorgehen bezüglichen Rechtsmaterials. Eine bloße Durchsicht zeigt, daß sowohl Rat wie Versammlung in manchen, darunter mehreren vitalen Punkten rechtsunfertige Gebilde sind — sie funktionieren nur etwa wie jemand, der mit einem Herzkloppfenfehler Sport betreibt; es mag plötzlich nicht weiter gehen. Beim Rat findet man als Sonderverfahren eingereiht: das Vergleichsverfahren, das militärische Untersuchungsverfahren (Investigation), das Verfahren im Minderheitenfragen, in Entwaffnungssachen, in Finanzfragen, in Fragen der griechischen Flüchtlingsiedlung — je nachdem, ob der Rat mit der einen oder mit der andern Sache befaßt ist. Neben den drei Organen gibt es die vier Hilfsorganisationen. Unter ihnen drei technische — für wirtschaftliche und finanzielle Fragen, für Verkehrswesen, für Gesundheitswesen — sodann die ständigen beratenden Ausschüsse: Militär-, Mandat-, Opiumpkommission, Kommission für geistige Zusammenarbeit, Kommission für die Finanzen des Völkerbundes selbst, sowie eine Kontrollkommission für die eigenen Finanzen. Weiters die nichtständigen beratenden Ausschüsse für einige unbedeutende, einige sehr bedeutende Angelegenheiten: für die fortschreitende Kodifizierung des Völkerrechts, für den Plan eines Welthilfsverbandes im Falle von Elementarkatastrophen, die sogenannte Gemischte Kommission zur Beratung der Vorbereitenden Abrüstungskommission in wirtschaftlichen Belangen, schließlich die leidige Vorbereitende Abrüstungskommission, die seit Erscheinen des ersten Bandes des Jahrbuchs sich auch noch jenen Sicherheitsausschuß beigelegt hat. Neben diesen mehr platonischen Gebilden entwickelt aber der Völkerbund auch viel weniger ideale Organe, nämlich sogenannte Verwaltungs- und Vollzugsorgane, wie das Hochkommissariat der Freistadt Danzig, die Regierungskommission des Saargebietes, das Hochkommissariat für Flüchtlingswesen (Russen, Armenier, Griechen), das autonome Amt zur Ansiedelung der griechischen Flüchtlinge in Athen und das Kommissariat „bulgarischer Flüchtlinge“ — letzteres euphemistisch für aus Griechenland und Südslawien vertriebene Mazedonier.

Nicht zu verwechseln damit sind die 16 ständigen Referate, die den gegenwärtigen oder ehemaligen Ratsmächten zugeteilt sind. (Deutschland hat bekanntlich das Wirtschaftsreferat inne.) In der Minderheitenfrage hat der Rat aus zwölf im Jahrbuch dargestellten Verträgen, darunter den Friedensverträgen, auch noch Sonderverpflichtungen übernommen, unter anderem über die Rechte der deutschen Minderheiten in Oberschlesien und in Memel zu wachen. Zu guter Letzt ernennt der Völkerbundrat auch die Vorsitzenden von weiteren neun Ausschüssen: des gemischten Ausschusses für Oberschlesien, des gemischten Schiedsgerichts in Oberschlesien, des Ausschusses für den griechisch-bulgarischen sowie den griechisch-türkischen Bevölkerungsaustausch, der Hafenkommision von Danzig, der Lausanner Vergleichskommission und neben den Rechnungsausschüssen des Völkerbundes selbst auch die der Investigationskommissionen zur zukünftigen Entwaffnungskontrolle. Zwei große autonome Organisationen fußen gleichfalls auf dem Völkerbund: der Ständige Internationale Gerichtshof im Haag und das Internationale Arbeitsamt. — Ein Nachschlagewerk, das diese Fülle bewältigt, war schon längst erwünscht. Der Erfolg des ersten Bandes zeigt sich am besten daran, daß der zweite Band statt der früheren 25 nur noch 12 schw. Fr. kostet.

(K. P.)

Schluß des redaktionellen Teiles